

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

das Jahr 2012 können wir in der SPD-Bundestagsfraktion gleich mit einer tollen Neuigkeit beginnen: Ab sofort ist unsere Beteiligungsplattform „Zukunftsdialo online“ mit einem eigenen Webauftritt im Netz vertreten. Denn die Bürgerinnen und Bürger wollen teilhaben an großen Projekten, an politischen Debatten und Beschlüssen. Viele Menschen erwarten angesichts der neuen Kommunikationsmöglichkeiten im Web 2.0, dass Politik transparenter wird und sich für neue Dialog- und Beteiligungsformate öffnet. Mit unserer Beteiligungsplattform tragen wir dem Rechnung. Damit ist die SPD die modernste und innovativste Fraktion im Deutschen Bundestag. Jeder kann nun mitmachen bei unseren Vorhaben rund um das Projekt Zukunft. Die URL lautet <http://zukunftsdialo.spdfraktion.de/>. Vertreten auf der Plattform sind die Bereiche Gleichstellung/Gleichberechtigung, Wachstum/Wohlstand/Lebensqualität, aktive Ganztagschulen, ein Kreativpakt mit der Kreativwirtschaft, Miteinander der Generationen/Generationengerechtigkeit und moderne Infrastruktur. Ich freue mich, wenn auch du das in deinem Bekanntenkreis weiterträgst und deine Freunde motivierst, dort mitzumachen, denn hier kann jeder wirkliche Politik gestalten.

Auch unser „Planspiel Zukunftsdialo“, das wir in diesem Jahr für 150 Jugendliche aus ganz Deutschland das erste Mal anbieten, ist Teil unserer neuen Beteiligungsangebote. Mit Hilfe der Simulation unserer Arbeit in der Fraktion möchten wir von den Jugendlichen ihre ganz eigene Sicht auf Themen wie Arbeit, Integration oder Gleichstellung erfahren. Ich bin mir sicher, die Anträge die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erarbeiten und uns präsentieren werden, können auch unsere eigene Arbeit befruchten. Auch mit diesem Partizipationsangebot sind wir Vorreiter im Bundestag – keine andere Fraktion bietet ein solches Programm an!

Auf unserer Fraktionsklausur in Kiel und Berlin haben wir die politischen Schwerpunkte 2012 beraten. In erster Linie geht es dabei um die Stabilisierung der Euro-Zone und den Kampf gegen die Schuldenkrise. Die SPD-Fraktion setzt sich weiterhin vehement für eine Finanzmarkttransaktionssteuer ein. Es ist einfach nicht vermittelbar, dass auf beinahe alles Steuern gezahlt werden, aber nicht auf spekulativen Finanzproduktehandel. Das scheint auch die Kanzlerin endlich zu begreifen. Dass eine Zwei-Prozent-Partei sich dabei nun wieder einmal als Blockierer geriert, ist schon fast erbärmlich.

Ein bedeutsames Thema ist auch die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses auf Bundesebene zur Neonazi-Mordserie und dem Staatsversagen. Wir wollen zusätzlich auch eine Bund-Länder-Expertenkommission, die zeitgleich zum Untersuchungsausschuss das komplexe System der Ignoranz von Sicherheitsbehörden entflechtet und ein Geamtbild der Lage zwischen Bund und Ländern zeichnet, aus dem sich Konsequenzen ableiten lassen. Das sind wir nicht zuletzt den Angehörigen der Opfer dieser unfassbaren Verbrechen schuldig. Wir sind es aber auch uns, unseren Grundwerten und unserer Geschichte schuldig.

Mit herzlichen Grüßen

deine Petra Ernstberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE STEFAN HINTERMEIER, ALEXANDER LINDEN, ANJA LINNEKUGEL,
JOHANNA TIGGES
TELEFON (030) 227-510 99 / E-MAIL REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 16.12.2011 13.00 UHR

Inhaltsverzeichnis

- | | | | |
|----|---|----|--|
| 02 | Abitur und Berufsausbildung gleichstellen | 09 | Menschen und Tiere vor Antibiotika-Resistenz schützen |
| 02 | Zwischenbericht Medienkompetenz der Enquetekommission Internet | 10 | Verbraucherschutz bei Finanzprodukten stärken |
| 04 | Untersuchungsausschuss und Expertenkommission zum Rechtsterrorismus | 12 | Straßenverkehr sicherer machen |
| 06 | Rechtsextreme Gewalttaten härter bestrafen | 13 | Besserer öffentlicher Nahverkehr |
| 07 | Keine Patentierung von (...) Nutztieren | 14 | Jahreswirtschaftsbericht: SPD-Fraktion fordert aktive Wirtschaftspolitik |
| 08 | Chancen für benachteiligte Jugendliche verbessern | 15 | Klausurtagungen der SPD-Fraktion |
| 08 | Atomwülfässer aus Asse II zurückholen | 16 | Bürgerbeteiligung: Zukunftsdialo online |

BILDUNG

Abitur und Berufsbildung gleichstellen

Im Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) sollen alle Qualifikationen des Bildungssystems erfasst werden. In einem Arbeitskreis haben Einrichtungen der Hochschul- und beruflichen Bildung, Sozialpartner und Experten die unterschiedlichen Qualifikationen acht Niveaus zugeordnet. Die Kultusministerkonferenz hat beschlossen, die allgemeine Hochschulreife auf der höchsten Stufe 5 einzuordnen. Dreijährige duale Ausbildungen sollen auf Stufe 4 und zweijährige duale Ausbildungen auf Stufe 3 sein. Das wird der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung nicht gerecht und gefährdet die Durchlässigkeit des Bildungssystems. Denn aufgrund der hohen Komplexität beruflicher Handlungsfähigkeit mit ihren Fertigkeiten und Kompetenzen sind drei- bzw. dreieinhalbjährige Berufsausbildungen im Vergleich zur allgemeinen Hochschulreife gleichwertig einzuordnen.

In einem Antrag (Drs. 17/7957) fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung dazu auf, bei der Zuordnung von Qualifikationen auf den Konsens aller Akteure hinzuwirken. Die Akteure des Dualen Berufsbildungssystems müssen dabei gleichberechtigt sein. Im Ergebnis sollen Allgemeine Hochschulreife und dreijährige duale Ausbildungen gleichwertig auf Stufe 4 eingestuft werden.

ENQUETE-KOMMISSION INTERNET UND DIGITALE GESELLSCHAFT

Zwischenbericht zur Medienkompetenz fordert mobile PC für alle Schüler

Am 4. März 2010 entschied der Bundestag mit den Stimmen aller Fraktionen, eine Enquete-Kommission zum Thema „Internet und digitale Gesellschaft“ einzurichten. Im Einsetzungsbeschluss heißt es, dass die Enquete-Kommission „bis zur parlamentarischen Sommerpause 2012 ihre Ergebnisse und Handlungsempfehlungen vorlegen [soll], damit noch in der 17. Legislaturperiode erste Umsetzungsschritte erfolgen können“ und dass „in einem

Zwischenbericht erste Ergebnisse und Handlungsempfehlungen zu einzelnen Teilbereichen der behandelten Themen bis Ostern 2011 vorzulegen“ sind.

Als erste vier Projektgruppen wurden „Netzneutralität“, „Datenschutz“, „Urheberrecht“ und „Medienkompetenz“ eingesetzt, die bis zur Sommerpause 2011 an ihren Berichtsentwürfen gearbeitet haben. Am 28. Juni 2011 hat die Internetenquete den Bericht der PG „Medienkompetenz“ (Drs. 17/7286) abschließend beraten und beschlossen. Als Drucksache liegen bislang nur der auf der Tagesordnung stehende Bericht der Projektgruppe Medienkompetenz und der Bericht Urheberrecht vor. Der Berichtsteil Medienkompetenz und die diesbezüglichen Handlungsempfehlungen wurden – anders als in den anderen Projektgruppen - weitestgehend im Konsens verabschiedet.

Das betrifft auch die Annahme, dass es sich bei der Gewinnung von Medienkompetenz nicht nur um ein Thema für Kinder und Jugendliche handelt, sondern alle Generationen angesprochen sind. Die SPD-Fraktion und die von ihr benannten Sachverständigen haben hier den Begriff der „digitalen Selbständigkeit“ in die Arbeit der Kommission eingebracht. Damit ist das Ziel gemeint, dass jeder Bürger und jede Bürgerin in der Lage sein soll, alle Möglichkeiten der „digitalen Gesellschaft“ möglichst selbständig nutzen und – anders herum – sich vor allen damit verbundenen Risiken möglichst gut schützen zu können. Eine der Kernforderungen der Kommission lautet zudem, dass jede Schülerin und jeder Schüler mit einem mobilen Computer ausgestattet werden sollte.

Defizite in der Medienkompetenzforschung

Hierbei war es der SPD-Fraktion und den von ihr benannten Sachverständigen ein Anliegen, sich von einem technikbeherrschten Bild abzulösen und vielmehr die strukturellen Voraussetzungen in den Blick zu nehmen. Eine technische Vollausrüstung der Schülerinnen und Schüler sowie der Schulen hat wenig Sinn, wenn eine entsprechende Ausbildung der Lehrkräfte und entsprechende Bildungskonzepte nicht zur Verfügung stehen. Die müssen überarbeitet und an die Zukunft des digitalen Klassenzimmers angepasst werden. Dazu bedarf es der Digitalisierung von Schulbüchern und Lehr- und Lerninhalten und deren Zugänglichmachung im Netz bzw. in Intranets.

In dem Bericht zur Medienkompetenz hat die Enquete-Kommission einstimmig festgestellt, dass in der Medienkompetenzforschung Defizite bestehen und dass es eine Verbreiterung der Forschungsaktivitäten geben müsse. Konkret hat die Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft entsprechende längerfristige Forschungsprogramme vorgeschlagen, die es ermöglichen, dass sich die Wissenschaft an den Fragen ausrichten kann, die der Medienkompetenz-Förderung in der Praxis dienlich sind.

Bei den Haushaltsberatungen für den Bundeshaushalt 2012 hat die SPD-Bundestagsfraktion in einem ersten Schritt Mittel für ein entsprechendes Medienkompetenzforschungsprogramm beantragt. Hierbei sollte es sich um ein längerfristig anzulegendes Forschungsprogramm handeln, mit dem neben der anwendungsorientierten Forschung weitere theoriegeleitete Grundlagenforschung ermöglicht werden sollte. Dabei sollten insbesondere interdisziplinäre Ansätze verfolgt und Anknüpfungspunkte zu internationalen Studien berücksichtigt sowie Langzeitstudien ermöglicht werden.

Der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion wurde im Rahmen der Haushaltsberatungen abgelehnt.

INNEN

SPD-Fraktion fordert Untersuchungsausschuss und Expertenkommission zum Rechtsterrorismus

Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist eine zentrale Aufgabe aller demokratischen Kräfte. Die menschenverachtende Ideologie und die rassistische Einstellung der rechtsextremen Kameradschaften müssen sowohl mit polizeilichen Mitteln als auch gesellschaftspolitisch engagiert bekämpft werden. Das ist eine Daueraufgabe.

Dass Rechtsextremismus in Rechtsterrorismus umgeschlagen ist, war nicht erkannt worden. Mahnende Stimmen wurden nicht gehört. Umfassende Ansätze im Kampf gegen Rechts mussten sich in der Vergangenheit immer stärker rechtfertigen, Initiativen waren und sind in ihrer Existenz bedroht. Spätestens jetzt ist Deutschland gefordert, mit aller Kraft den braunen Sumpf, dessen Ausläufer bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen, endgültig trocken zu legen. Für Sozialdemokraten ist das in ganz besonderer Weise eine Verpflichtung – ihrer eigenen Vergangenheit wie ihrer Grundwerte wegen.

In einem Positionspapier, das die Fraktion am 17. Januar beschlossen hat, fordert die SPD-Bundestagsfraktion die lückenlose und schonungslose Aufklärung der Ereignisse. Sie unterstützt eine intelligente Kombination einer paritätisch besetzten Bund-Länder-Kommission und eines Untersuchungsausschusses, um die Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik Deutschland auf ihre Effektivität hin zu überprüfen. Aus den Ergebnissen werden die nötigen Konsequenzen gezogen. Das schließt ausdrücklich organisatorische oder gesetzgeberische Konsequenzen im Rahmen des Rechtsstaates mit ein.

Ausschöpfung der repressiven Mittel

„Null Toleranz“ gegen Neonazis und ihre Helfershelfer ist das Gebot der Stunde. Mit Polizeipräsenz, hoher Kontrolldichte und der Ausschöpfung aller repressiven Mittel müssen die Rechten spüren, dass sie die wehrhafte Demokratie keinen Tag länger erträgt.

Folgende konkrete Aktivitäten werden dem Beschluss zufolge eingeleitet bzw. verstärkt:

Prävention

- Den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen stärken und die Städte und Gemeinden finanziell gut ausstatten, so dass sie Kultur, Sport, Jugendarbeit und Sozialarbeit vorhalten können. Es gilt, Bildung als öffentliches Gut zu stärken und alles dafür zu tun, um allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen auf beste Bildung zu garantieren.
- Die Zuständigen und die Anständigen müssen ein breites Bündnis bilden. Der Staat und seine Organe, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Vereine - schlicht: alle Meinungsträger der Zivilgesellschaft müssen die Bekämpfung des Rechtsextremismus ganz zu ihrer Sache machen. In Schulen und Universitäten, in Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen tut Aufklärung not.
- Die unzulässige Vermischung von Links-, Rechts- und islamistischem Extremismus muss beendet werden. Gerade die Rechtsextremisten müssen mit eigenen Ansätzen beobachtet und verfolgt werden.
- Die Extremismusklausel muss sofort fallen. Wer gegen Neonazis kämpft, darf nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Die Finanzierung der Programme gegen Rechtsextremismus muss dauerhaft gesichert werden. Die Bundeszentrale für politische Bildung muss mit ausreichend Mitteln ausgestattet sein, Aussteigerprogramme sind zu professionalisieren.

Repression

- Die behördliche Sicherheitsarchitektur ist zu überprüfen und gegebenenfalls neu zu ordnen.
- Die Bildung des „Abwehrzentrum Rechts“ unter Beteiligung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Bundeskriminalamts ist ein Schritt in die richtige Richtung.
- Eine Verbunddatei Rechts als Indexdatei ist grundsätzlich möglich.
- In der polizeilichen Kriminalstatistik will die SPD-Fraktion die Zählweise verbessern, damit rechtsextreme Taten dort auch wirklich erfasst werden. Polizei und Justiz müssen in Zusammenarbeit mit den Vertretern der Zivilgesellschaft sensibilisiert und geschult werden.
- So genannte „Hatecrimes“ müssen strafverschärfend wirken. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion einen entsprechenden Gesetzentwurf bereits vorgelegt (Drs. 17/8131).
- Zur Gewährleistung einer effektiven Strafverfolgung bedarf die Mindestdatenspeicherung der Formulierung einer rechtsstaatlich abgewogenen Regelung nach den strikten Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes.
- Ein erneuter Vorstoß zum Verbot der verfassungsfeindlichen NPD ist überfällig.

Schließlich ist neben einer Bund-Länder-Kommission ein Untersuchungsausschuss auf Bundesebene vonnöten. In einem Antragsentwurf der SPD-Fraktion dazu heißt es: „Die von der als „Zwickauer Terrorzelle“ bekanntgewordenen rechtsextremistischen Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) in den Jahren 2000 bis 2007 begangenen Morde quer durchs Land zählen zu den schwersten und abscheulichsten Verbrechen, die die Bundesrepublik Deutschland bislang erleben musste.“

Dass so etwas Unfassbares überhaupt möglich war, zeigt, dass die Strukturen der Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Länderebene dringend überprüft werden müssen.

Bund-Länder-Expertenkommission

Die schonungslose und transparente Aufarbeitung möglicher Fehler und Versäumnisse der deutschen Sicherheitsbehörden (Verfassungsschutzbehörden, Polizeien und Staatsanwaltschaften) ist – neben der lückenlosen und zügigen Aufklärung der menschenverachtenden Taten selbst – oberstes Gebot und ein wichtiges Zeichen für die Familien und Freunde der Opfer sowie für die Gesellschaft insgesamt. Geklärt werden muss dabei auch, aus welchen Gründen es überhaupt zu diesen menschenverachtenden Taten kommen konnte und was die Schlussfolgerungen aus all dem sind.

Zur Erreichung dieses Ziels sind dem Antrag zufolge Bund und Länder gleichermaßen in der Pflicht, jede Anstrengung zu unternehmen, um schnell Klarheit auf allen Ebenen über möglicherweise bestehende Mängel zu erlangen und die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Es bedarf einer parlamentarischen Untersuchung durch den Deutschen Bundestag, um mögliche Fehler und Versäumnisse der Sicherheitsbehörden auf Bundesebene aufzuklären und die hierbei gewonnenen Erkenntnisse mit den Ergebnissen der Bund-Länder-Expertenkommission zu den möglichen Defiziten bei den Sicherheitsbehörden der Länder und an den Schnittstellen zwischen Länder- und Bundesbehörden zusammenzuführen.

Überprüfungen der Gesamtstruktur

Nur so lässt sich das von allen demokratischen Kräften geforderte Ziel der umfassenden Fehleranalyse und der Überprüfung der Gesamtstruktur der Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Länderebene sachgerecht erreichen. Deshalb fordert die SPD-Fraktion die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses als „Legislativ- und Empfehlungsenquete“, um die erforderlichen Maßnahmen und Vorschläge auf möglichst breiter und gesicherter Tatsachengrundlage sachgerecht vorzubereiten. Auf Arbeitsebene sind sich die

Fraktionen des Deutschen Bundestages auch weitgehend einig. Allerdings besteht noch nicht bei allen Punkten Konsens.

Die SPD-Fraktion begrüßt den Beschluss der Bundesinnenministerkonferenz, den Bundesminister des Innern zu beauftragen, eine Bund-Länder-Expertenkommission bei seinem Ministerium einzusetzen, und erwartet eine rasche Aufnahme der Arbeit der Kommission. Sie soll – in Ergänzung zur Aufklärungsarbeit auf der Ebene der Bundesbehörden durch den zeitgleich eingesetzten parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Bundestages – vor allem die Aufarbeitung des Sachverhalts auf der Ebene der Sicherheitsbehörden der Länder und hinsichtlich der Schnittstellen zwischen den Länder- und den Bundesbehörden betreiben. Letztlich soll die Kommission vor allem ein Gesamtbild – auch der Vorgänge in den Behörden – zeichnen, das dann in jeder Hinsicht zu beurteilen ist.

RECHTSPOLITIK

Rechtsextreme Gewalttaten härter bestrafen

In Deutschland ist ein stetiger Anstieg von Gewalttaten gegen Personen aufgrund ihrer Hautfarbe, Nationalität, Religion oder ihrer sexuellen Orientierung zu beobachten. Allein im Jahr 2010 wurden 16.375 rechtsextremistische Straftaten registriert, wovon 762 Gewalttaten waren. Dem muss die Justiz Rechnung tragen.

Die Täter sprechen ihren Opfern das Menschsein ab und attackieren sie aufgrund von Merkmalen, die sie nicht abstreifen können. Sie gefährden damit den Zusammenhalt unserer Gesellschaft nachhaltig und missachten fundamentale Menschenrechte. Zudem werden fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten häufig brutaler und rücksichtsloser ausgeübt als andere Gewaltdelikte.

Aus diesem Grund muss die rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende Motivation des Täters im Rahmen der Strafzumessung zwingend berücksichtigt werden.

Die aktuelle rechtliche Lage wird dem erheblichen Unwertgehalt dieser Taten jedoch nicht gerecht. Bisher sieht das Gesetz keine Unterscheidung zwischen den unterschiedlichen Beweggründen vor. Lediglich bei der Abwägung der Umstände, die für und gegen den Täter sprechen, sagt das Gesetz, dass die Gesinnung und die Beweggründe eines Täters mit einzubeziehen sind.

Menschenverachtende Beweggründe hervorheben

Diese generellen Begriffe bergen jedoch die Gefahr, dass menschenverachtende Beweggründe des Täters nicht explizit hervorgehoben werden. Daher sieht der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion (Drs. 17/8131) vor, dass "rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende Beweggründe" eines Straftäters bei der Verurteilung strafscharfend zu berücksichtigen sind.

Durch die Ergänzung des Strafzumessungsparagraphen § 46 StGB um die oben genannten Merkmale wird die Gefährlichkeit und Abscheulichkeit dieser Taten besonders hervorgehoben. Zudem wird durch die Gesetzesänderung ein Mittel geschaffen, das jeden Richter in die Verantwortung nimmt, Taten explizit auf diese Beweggründe hin zu untersuchen.

Viele unserer europäischen Nachbarländer haben bereits eine solche Regelung in ihren nationalen Gesetzen verankert. Die SPD-Bundestagsfraktion will nun mit diesem Gesetzentwurf sicherstellen, dass auch Deutschland diese Regelung ins Gesetz aufnimmt.

Keine Patentierung von konventionell gezüchteten Nutztieren und -pflanzen

Die so genannte Biopatentrichtlinie 98/44/EG wurde 1998 nach langen und schwierigen Verhandlungen in der EU verabschiedet. Die zentralen Bestimmungen wurden 1999 in die Ausführungsordnung zum Europäischen Patentübereinkommen übernommen. Nun bedarf es Änderungen für das Europäische Patent.

Der Schutz des geistigen Eigentums durch Patente ist ein hohes Gut und für den Wissenschaftsstandort Deutschland von großer Bedeutung. Seitdem es ein Patentrecht gibt, werden auch Schutzrechte im Bereich der belebten Materie beantragt und erteilt. Die Forschungsfreiheit, aber auch die Züchtungsfreiheit sollen erhalten bleiben.

Der Sortenschutz hat sich im Bereich der Pflanzenzüchtung als das primäre Instrument zum Schutz des geistigen Eigentums bewährt. Für den Bereich der Tierzucht gibt es kein dem Sortenschutz vergleichbares Recht. Gemeinsam mit den Tierzüchtern ist darauf hinzuwirken, dass das geistige Eigentum ausreichend geschützt und gleichzeitig der Zugang zu genetischen Ressourcen offen gehalten werden kann.

In einem interfraktionellen Antrag von SPD, CDU/CSU, FDP und Grünen (Drs. 17/8344) heißt es: Deutschland wird sich bei Schaffung eines einheitlichen Europäischen Patents dafür einsetzen, dass die in der Biopatentrichtlinie gegebenen Möglichkeiten für eine nationale Ausgestaltung, wie beispielsweise beim Züchterprivileg, erhalten bleiben und auch für das Europäische Patent gelten werden.

Auf EU-Ebene sind Änderungen im geltenden Recht vorzunehmen, damit keine Patente auf konventionelle Züchtungsverfahren, mit diesen gezüchtete landwirtschaftliche Nutztiere und -pflanzen sowie deren Nachkommen und Produkte erteilt werden. Soweit die europäischen Vorgaben Abweichungen im nationalen Patentrecht zulassen, ist laut Antrag zu diesem Zweck auch eine Änderung des Patentgesetzes notwendig. Beim Gemeinschaftspatent wollen die Fraktionen darauf dringen, dass die durch die Biopatentrichtlinie gegebenen Möglichkeiten für eine nationale Ausgestaltung bestehen bleiben.

Umgehung durch nationale Konzerne

Die Entscheidung der Großen Beschwerdekammer des Europäischen Patentamts zum Brokkoli-Patent von 2011, wonach im Wesentlichen biologische Herstellungsverfahren auch nach Hinzufügung technischer Elemente von der Patentierung ausgeschlossen bleiben, ist mit dem Melonenpatent EP 1962578 bereits umgangen worden. Multinationale Konzerne werden also weiter versuchen, diese Regelungen zu umgehen. Eben deshalb fordern die beteiligten Fraktionen die zuvor beschriebene Klarstellung, dass konventionelle Züchtungsverfahren und die daraus hervorgegangenen Pflanzen und Tiere und deren Nachkommen und Produkte nicht patentiert werden können.

Das gleiche gilt für die Schutzwirkung von Product-by-process-Patenten, die auf die Verwendung des im Patent angegebenen Verfahrens beschränkt werden soll. Zurzeit ist nicht gewährleistet, dass lediglich das Erzeugnis geschützt ist und nicht alle identischen Erzeugnisse, die unabhängig vom Herstellungsverfahren erzeugt werden, unter den Patentschutz fallen.

SOZIALES

Chancen für benachteiligte Jugendliche schaffen

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in einem Antrag (Drs. 17/6103), die Programme „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ und „Kompetenzagenturen“ zu erhalten. Der Antrag wurde am 19. Januar abschließend im Bundestag beraten.

Beide Programme sind außergewöhnlich erfolgreich, weil es sich um Programme der aufsuchenden Sozialarbeit handelt. Sie ermöglichen jungen Menschen einen Schulabschluss oder bringen sie in Job oder Ausbildung.

Die beiden Programme haben gemeinsam fast 400 Standorte in Deutschland und erreichen 40.000 junge Menschen. Sie wurden für September 2011 neu ausgeschrieben. Für die neue Programmphase von 2011 bis 2013 hatte die Bundesregierung zunächst nur noch 40 Millionen Euro, dann 50 Millionen Euro vorgesehen. Nach enormen Protesten stellte die Bundesregierung am 31. Mai 2011 Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) in Höhe von 80 Millionen Euro in Aussicht. Damit scheint sie die geplanten Kürzungen weiter abgemildert zu haben.

Dennoch kürzt die Bundesregierung den jahresdurchschnittlichen Fördermittelbetrag für beide Programme damit um insgesamt 13 Millionen Euro pro Jahr beziehungsweise um 28 Prozent. Allein 23 Standorte für Kompetenzagenturen sind weggefallen, weil Länder und Kommunen die Finanzierungslücke nicht auffangen konnten. Die Programme zu kürzen ist schlichtweg der falsche Weg. Immer noch verlassen jährlich rund 70.000 Schülerinnen und Schüler die Schulen ohne Abschluss, und immer noch benötigen viele junge Menschen Hilfe beim Übergang von der Schule in den Beruf.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, die geplanten Kürzungen zurückzunehmen und mindestens 112 Millionen Euro aus ESF-Mitteln zur Verfügung zu stellen. Die Anzahl der Standorte soll erhalten bleiben. Eine weitere wichtige Forderung ist, dass die Möglichkeit der Kofinanzierung aus Bundesmitteln des SGB II und des SGB III erhalten bleibt. Die Bundesregierung hat diese zum 1. Januar 2012 eingestellt.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat für ihre Forderungen volle Rückendeckung der Länder. Einstimmig hat der Bundesrat am 4. November 2011 an die Bundesregierung appelliert, die Kofinanzierung über das SGB II und SGB III zu erhalten.

UMWELT

Rückholung der Atommüllfässer aus der Asse II beschleunigen

In der Schachanlage Asse II wurden zwischen 1967 und 1978 radioaktive Abfälle eingelagert. Bereits seit einigen Jahren ist bekannt, dass das ehemalige Bergwerk Asse II nicht die Anforderungen an ein Endlager für radioaktive Abfälle erfüllt. Denn es weist ungünstige geologische, bergbauliche und geomechanische Randbedingungen auf. Seit 1988 ist ein Lösungsaustritt aus dem Deckgebirge bekannt.

2009 hat die Bundesregierung dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) die Verantwortung für die Asse übertragen – mit der Vorgabe, die sichere Schließung der Anlage nach den Maßstäben des Atomrechts zu erreichen. Nach jetzigem Kenntnisstand ist das nur durch eine Rückholung der Abfälle gewährleistet. Durch den schlechten baulichen Zustand ist Eile geboten.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, die Atommüll-Fässer aus der Schachanlage Asse II schneller zurückzuholen. In einem Antrag (Drs. 17/8351), der in den Bundestag eingebracht wurde, kritisieren die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass es bei der Rückholung der Fässer durch die strikte Anwendung des Atomrechts zu Verzögerungen komme. Die Fraktion drängt daher darauf, innerhalb der nächsten sechs Wochen eine „Task Force“ einzurichten, in der neben Bundes- und niedersächsischem Landesumweltminister auch der Präsident des für die Asse II zuständigen BfS und Vertreter von Bürgerinitiativen vertreten sein sollen. Sie sollen prüfen, ob zur Gefahrenabwehr die einschlägigen Paragraphen des Atomgesetzes herangezogen werden können, heißt es in dem Antrag.

Bei der Rückholung der Fässer aus der Asse II wird aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion nicht ausreichend berücksichtigt, dass es dabei nicht um die Genehmigung eines neuen Endlagers gehe, sondern um die Abwendung von Gefahren aus einem nicht genehmigungsfähigen Endlager. Unter anderem komme es in der Asse II momentan zu Verzögerungen beim Anbohren einer Einlagerungskammer und bei der Installation einer eigenen Luftzerlegungsanlage.

Selbst die CDU bemerkt mittlerweile die sträfliche Vernachlässigung der Asse-Problematik durch den zuständigen Bundesminister Röttgen. Wie dringlich sich die Situation mittlerweile zuspitzt, belegt die Stellungnahme verschiedener CDU-Politiker aus der Asse-Region an den eigenen Bundes-Umweltminister, dass dieser es bislang „an Führung hat mangeln lassen“.

VERBRAUCHERSCHUTZ

Menschen und Tiere vor Antibiotika-Resistenz schützen

Die am 9. Januar veröffentlichte Stichprobe des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) zu Antibiotika-resistenten Krankheitskeimen in Hähnchenfleisch zeigt erneut, dass dringender Handlungsbedarf zum Einsatz von Antibiotika in der Nutztierhaltung besteht. Jede zweite Hähnchenfleischprobe der BUND-Untersuchung war mit Antibiotika-resistenten Keimen belastet. Bereits im November waren die Studienergebnisse der Landeskontrollbehörden in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen zum Antibiotika-Einsatz in der Nutztierhaltung – vor allem in Geflügelmastbetrieben – alarmierend. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte deshalb bereits im Dezember einen umfassenden Antrag (Drs. 17/8157) in den Bundestag eingebracht.

In vielen Nutztierbeständen nehmen die ein- bis mehrfachresistenten Erreger gegenüber therapeutisch wichtigen antibiotischen Wirkstoffen und gegenüber Desinfektionsmitteln zu. Jede nicht fach- und sachgerechte Anwendung antimikrobiell wirksamer Arzneimittel birgt das Risiko zusätzlicher Resistenzentwicklungen und bedeutet erhebliche Risiken für Menschen und Tiere. Denn wichtige Medikamente für den Menschen können damit ihre Wirkung verlieren. Im schlimmsten Fall kann das zum Tod führen.

Antibiotika sind für die Behandlung bakterieller Infektionskrankheiten in der Human- und Tiermedizin unverzichtbar. Menschen und Tiere müssen vor Antibiotika-resistenten Keimen geschützt werden. Das ist ein wichtiger Beitrag für den gesundheitlichen Verbraucherschutz. Die Höhe der eingesetzten Antibiotika ist in erster Linie vom Hygiene- und Gesundheitsstatus in den tierhaltenden Betrieben abhängig.

SPD Antrag schafft Grundlage für eine Antibiotika-Reduktionsstrategie

Die SPD-Bundestagsfraktion hat mit ihrem Antrag im Dezember eine Grundlage für eine wirkungsvolle Strategie zur Antibiotika-Reduktion vorgelegt. Dabei hatten die Sozialdemokraten Erfahrungen aus den Niederlanden und Dänemark aufgegriffen. Beide Länder gehen seit Jahren erfolgreich gegen den Missbrauch von Antibiotika vor.

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, konkrete und eindeutige Zielvorgaben zur Reduktion des Antibiotika-Einsatzes in der Nutztierhaltung zu formulieren. Außerdem sollen die Transparenz und die Rückverfolgbarkeit von Antibiotika-Anwendungen verbessert werden. Eine Rechtsverordnung soll Tierhalter verpflichten, die Sterblichkeitsrate in ihrer Tierhaltung mitzuteilen.

Darüber hinaus setzt sich die SPD dafür ein, rechtliche Grundlagen für ein betriebsbezogenes bundeseinheitliches Monitoring- und Reduktionsprogramm zu schaffen. Zudem soll ein zweistufiges Sanierungsprogramm für tierhaltende Betriebe ausgearbeitet werden. Dieses soll bei landwirtschaftlichen Betrieben mit auffällig hohem Antibiotika-Verbrauch die Beratungs- und Überwachungsmaßnahmen der Bestandstierärzte verschärfen sowie bei stetig hohem Antibiotika-Einsatz die Anordnung behördlich überwachter Sanierungsmaßnahmen ermöglichen.

Des Weiteren sollen die Leitlinien für den sorgfältigen Umgang mit antibakteriell wirksamen Tierarzneimitteln der Bundestierärztekammer rechtsverbindlich gestaltet werden. Der SPD-Antrag wurde in dieser Sitzungswoche zum ersten Mal im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz debattiert.

Konzept der Bundeslandwirtschaftsministerin längst überfällig

Die EU-Kommission hatte bereits am 17. November 2011 einen Aktionsplan zur Abwehr der Antibiotika-Resistenzen vorgelegt. Die darin enthaltenen, zwölf konkreten Maßnahmen sollen innerhalb der kommenden fünf Jahre umgesetzt werden. Nun ist endlich auch die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner (CSU), aufgewacht. Ihr Konzept war längst überfällig. Ihre Vorschläge reichen jedoch nicht aus.

Verbraucherschutz bei Finanzprodukten stärken

In Deutschland dominiert bei Finanzprodukten die Beratung und Vermittlung auf Provisionsbasis. Für die Berater ist die Höhe der Provisionen oft ausschlaggebender als der Bedarf der Verbraucherinnen und Verbraucher. In der Vergangenheit hat das zu großem Schaden geführt. Im Zuge der Finanzkrise wurden Namen wie Phoenix, Kaupting und Lehman zum Synonym für Fehlberatung. Viele tausend Anleger verloren ihre Ersparnisse oder bangen noch heute darum. Deshalb will die SPD-Bundestagsfraktion die Beratung und Vermittlung von Finanzprodukten neu ordnen. Dazu haben die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen einen Antrag in den Bundestag eingebracht (Drs. 17/8182). Darin fordern sie eine provisionsunabhängige Honorarberatung flächendeckend in Deutschland aufzubauen.

Viele Verbraucherinnen und Verbraucher tätigten spekulative Geschäfte, die mit erheblichen Risiken oder auch mit dem Totalverlust des angelegten Geldes verbunden waren, heißt es in dem Antrag. Dabei glaubten sie, die angelegten Gelder seien sicher. Diese Fehlinformationen sind immer wieder auf eine unzureichende, schlecht qualifizierte aber auch betrügerische Anlagevermittlung oder -beratung zurückzuführen. Die Verunsicherung ist groß. Verbraucherinnen und Verbraucher kennen häufig nicht die Motive wie Provision oder Beförderungschancen, die Vermittler und Berater dazu verleiten, ausgewählte Finanzprodukte forciert zu vertreiben. Die Lebenswirklichkeit und die individuelle Situation der Privatanleger –

wie Vermögenshöhe, Sparziel und Risikoneigung – bleiben bei einer solchen „Beratung“ in vielen Fällen auf der Strecke.

Honorarberatung als Alternative zur Provisionsberatung aufbauen

Vielen Anlegerinnen und Anleger erscheint die Honorarberatung teurer im Vergleich zur Provisionsberatung. Denn sie gehen davon aus, dass diese kostenlos sei. Dabei sind die Kosten für die Provisionsvermittlung zum Teil enorm, aber eben nicht transparent. Die SPD will die Honorarberatung zu einer echten Alternative entwickeln.

Laut EU-Richtlinienentwurf ist eine Anlageberatung dann unabhängig, wenn eine ausreichende Anzahl von Finanzprodukten bewertet wurde und für die Erbringung der Dienstleistung keine Zahlungen einer dritten Partei erbracht wurde. Damit wird deutlich, dass die Beratung nur auf der Basis eines Honorars erfolgt. Dieser Grundsatz soll laut SPD-Bundestagsfraktion auch für eine nationale Regelung der Honorarberatung gelten.

Transparente Vergütung auf Stundenbasis

Die Vergütung der Honorarberatung soll auf Stundenbasis erfolgen. Die Kosten sollen für die Verbraucherinnen und Verbraucher transparent sein. Dazu müssen die Berater ihren Stundensatz, die voraussichtliche Beratungszeit und den daraus resultierenden Preis in Euro darlegen. Die Entwicklung des Preisniveaus soll dem Markt überlassen werden und nicht an eine Gebührenordnung geknüpft werden. Nach drei Jahren soll evaluiert werden, ob weitere Regelungen notwendig sind.

Nettotarife für Finanzprodukte einführen

Die Anbieter von Finanzprodukten sollen gesetzlich verpflichtet werden, ihre Produkte ohne die eingerechnete Provision zu Nettotarifen anzubieten. Auf Basis dieser Nettotarife sollen die Honorarberater die Produkte vermitteln können. Die Verbraucherinnen und Verbraucher sollen darüber informiert werden, dass sie künftig zwischen einer provisionsabhängigen und einer unabhängigen Beratung wählen können. Dabei sollen die Unterschiede der beiden Möglichkeiten dargestellt werden.

Berufsbild für Honorarberatung schaffen

Für den Aufbau einer flächendeckenden Honorarberatung für Finanzprodukte formulieren die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in ihrem Antrag eine Reihe formaler Kriterien. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Berufsbild für unabhängige Berater zu schaffen. Berater sollen einen Sachkundenachweis erbringen und zu laufender Fortbildung verpflichtet werden, die die Anlage-, Versicherungs- und Darlehensberatung umfasst. Mittelfristig soll für Berater eine berufliche Bildung angestrebt werden. Ebenso sei laut Antrag sicherzustellen, dass ein Honorarberater zuverlässig ist und eine Berufshaftpflichtversicherung abgeschlossen hat, die bei fehlerhafter Beratung die Vermögensschäden der Kunden abdeckt.

Honorarberater sollen der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) unterliegen. Zur Kontrolle des Marktes sollen die Verbraucherzentralen als Marktwächter fungieren. Sie müssen unlautere Vertriebspraktiken systematisch erfassen und an die Finanzaufsicht melden. Außerdem soll die Regierung weitere Vorschläge zur Stärkung der Honorarberatung entwickeln und dem Bundestag regelmäßig über die Entwicklung des Honorarberatermarktes berichten.

Bislang hat Bundesverbraucherschutzministerin Aigner (CSU) kein Gesamtkonzept für verbrauchergerechte Finanzmärkte geliefert. Ihre Eckpunkte zur Honorarberatung sind unausgegrenzt und reichen der SPD-Bundestagsfraktion nicht aus.

VERKEHR**Den Straßenverkehr sicherer machen**

Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für Fortschritt, Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung. Integrierte Verkehrspolitik zielt darauf ab, diese Mobilität so sicher, umweltfreundlich und sozial gerecht wie möglich zu gestalten. Dabei muss die Verkehrssicherheit eine hohe Priorität haben. Sie muss finanziell abgesichert sein und den aktuellen gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen Rechnung tragen. Ehrenamtliche Arbeit in diesem Bereich muss öffentlich anerkannt und unterstützt werden.

Anzahl der Verkehrstoten in Europa halbieren

Die Europäische Union strebt an, die Zahl der Verkehrstoten bis 2020 um 50 Prozent zu verringern. Der voraussichtliche Anstieg der Verkehrstotenzahl im Jahr 2011 in Deutschland um rund sieben Prozent auf annähernd 3900 Menschen ist ein Alarmzeichen. Politisches Handeln zur Stärkung der Präventionsarbeit als auch konkrete Maßnahmen zur Verringerung der Unfallursachen sind dringend geboten.

In der Plenardebatte am 19. Januar 2012 ist ein breiter Konsens zum Thema Prävention und Verkehrssicherheitsarbeit in der Zielstellung sichtbar geworden – nicht jedoch bei der notwendigen Strategie.

In ihrem Antrag (Drs. 17/5772), der am 19. Januar abschließend im Bundestag beraten wurde, fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Regierung auf, die Verkehrssicherheit durch eine Reihe von Maßnahmen zu stärken. Die Öffentlichkeitsarbeit für Verkehrsregeln soll vor allem in Kindergärten und Schulen intensiviert werden. Alkoholmissbrauch im Straßenverkehr muss weiter reduziert werden. Moderne Technologien zur Unfallvermeidung sollen gefördert werden. Die Wirksamkeit straßenverkehrsrechtlicher Maßnahmen soll durch eine erhöhte Kontrolldichte sicher gestellt werden. Gemeinsam mit Ländern und Gemeinden sollen ein komplettes Radwegenetz sowie ein hindernisfreies und altengerechtes Wegenetz in Ortschaften geschaffen werden. Auch ist die Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung für Fahranfängerinnen und Fahranfänger zu prüfen. Zudem bedarf die Fahrlehrer- und Fahrlehrerinnenausbildung einer Modernisierung. Die finanzielle Unterstützung der Verkehrssicherheitsarbeit, besonders des Deutschen Verkehrssicherheitsrats (DVR) und der Deutschen Verkehrswacht (DVW), soll mindestens auf dem bisherigen Niveau fortgeführt werden.

Kritik an Bundesverkehrsminister Ramsauer

SPD-Anträge zu einer notwendigen inflationsbedingten Anhebung des Präventionsmittleletats haben die Koalitionsfraktionen gegen besseres Wissen in den Haushaltsberatungen 2012 abgelehnt. Die SPD-Bundestagsfraktion kritisiert Verkehrsminister Ramsauer, der bei der Erarbeitung des Verkehrssicherheitsprogramms 2011 die Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker des Parlaments ignoriert hat. Darüber hinaus missachtete der Minister Expertenvorschläge seines Wissenschaftlichen Beirates zur Verbesserung der Verkehrssicherheit. Weder die Empfehlung für ein allgemeines Alkoholverbot in Deutschland, noch den Vorschlag für eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen greift der Minister auf. Anstelle der immer wiederkehrenden PKW-Mautdiskussion hätte Ramsauer bei diesen wichtigen Themen seine Verantwortung als Verkehrsminister wahrnehmen müssen.

Gesetzentwurf für einen besseren öffentlichen Nahverkehr

Das Personenbeförderungsgesetz bildet eine wesentliche rechtliche Grundlage für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Die Neuordnung des ÖPNV-Rechtsrahmens ist eine schier unendliche Geschichte, die sich inzwischen über Jahrzehnte hinzieht – Jahrzehnte rechtlicher Unsicherheit für Verkehrsunternehmen, Verwaltung und politisch Verantwortliche.

Die EU-Verordnung 1191/69 wurde zum Synonym für ein Gezerre um die Auslegung von Gerichtsurteilen, das mit dem Altmark-Trans-Urteil des Europäischen Gerichtshofes 2003 noch lange nicht vorbei war. Im Kern ging es dabei um die Frage, unter welchen Voraussetzungen die öffentliche Hand Nahverkehrsleistungen finanzieren darf, ohne gegen Beihilferecht zu verstoßen – ein schwer zugängliches Expertenthema. Ein Meilenstein auf dem Weg zu einem neuen ÖPNV-Rechtsrahmen war die Verabschiedung der neuen EU-Verordnung 1370 im Jahr 2007 – ein großer Verhandlungserfolg für SPD-Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee, dem es gelang, einen EU-verordneten Ausschreibungswettbewerb im ÖPNV zu verhindern.

Seit inzwischen zwei Jahren ist die EU-Verordnung unmittelbar geltendes Recht – die notwendigen Anpassungen im deutschen Recht sind überfällig. Endlich geht die Novelle des Personenbeförderungsgesetzes jetzt ins parlamentarische Verfahren. Gemeinsam mit der Fraktion von Bündnis90/Die Grünen – und in Abstimmung mit den SPD-regierten Ländern und mit Baden-Württemberg – hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf (Drs.17/7046) eingebracht, der am 19. Januar zusammen mit dem Regierungsentwurf in 1. Lesung im Bundestag beraten wurde. In der Debatte betonten alle Redner ihren Willen, während des parlamentarischen Verfahrens zu einer Einigung zu kommen. Am 29. Februar 2012 findet im Ausschuss Verkehr, Bau und Stadtentwicklung eine Expertenanhörung statt.

ÖPNV ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge

Der Alternativentwurf von SPD und Grünen stellt das öffentliche Interesse an einem qualitativ hochwertigen Verkehrsangebot aus einem Guss in den Mittelpunkt. Er geht davon aus, dass ÖPNV eine Aufgabe der Daseinsvorsorge ist, die zum großen Teil aus öffentlichen Mitteln finanziert wird und für die die Kommunen als Aufgabenträger Verantwortung haben. Sie müssen deshalb auch diejenigen sein, die in Abstimmung mit Verkehrsunternehmen, Vertretern von Fahrgästen und Behindertenvertretern im Nahverkehrsplan definieren können, wie ein solches Verkehrsangebot aussieht – ein Rahmen der für eigene kommunale Unternehmen ebenso gelten muss wie für private.

Der Regierungsentwurf hingegen gibt keine Gewähr dafür, dass Standards für Qualität, Takt und Bedienung in aufkommensschwachen Zeiten eingehalten werden. Weder die in der EU-Verordnung vorgesehene Direktvergabe an eigene und klein- und mittelständische Unternehmen wird rechtssicher umgesetzt, noch die Möglichkeiten, bei öffentlich finanzierten Verkehrsangeboten Tarif- und Sozialstandards vorzugeben. Der Entwurf bleibt noch hinter dem Kompromiss zurück, auf den sich der Bund-Länder-Fachausschuss Straßenpersonenverkehr bereits vor mehr als einem Jahr geeinigt hatte.

Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme vom September 2011 denn auch den Alternativentwurf in vielen wesentlichen Punkten unterstützt. Die Bundesregierung hat jedoch diese Vorschläge in ihrer Gegenäußerung nicht aufgegriffen, angefangen bei verbindlicherer Barrierefreiheit bis hin zu mehr Gestaltungsspielraum der Länder bei alternativen Bedienformen.

Bedingungen für die Zulassung von Fernbuslinien definiert

Die im Regierungsentwurf vorgesehene unkonditionierte Liberalisierung von Fernbuslinien lehnt die SPD ab. Auch der rot-grüne Gesetzentwurf sieht eine Marktöffnung für den Buslinien-

Fernverkehr vor, knüpft sie allerdings an Bedingungen, um Wildwuchs zu verhindern. Fernlinienbusse können durchaus eine preisgünstige Alternative sein und in Regionen mit schlechter Bahnanbindung das Verkehrsangebot verbessern. Allerdings besteht die Gefahr, dass eine unregulierte Freigabe zu Verschlechterungen des Schienenverkehrsangebots und Streckenstilllegung führen kann. Deshalb sieht der rot-grüne Gesetzentwurf folgende Bedingungen vor:

- Öffentlich finanzierter ÖPNV und Schienenpersonennahverkehr werden vor Konkurrenz geschützt, damit Rosinenpickerei durch private Anbieter verhindert wird.
- Anbieter von Fernbussen müssen sich am Fahrplanauskunftssystem beteiligen und Anschlussfahrtausweise anderer Anbieter vertreiben. Sie müssen bis 2017 Barrierefreiheit herstellen. Die hier vorgesehene kürzere Frist ist deshalb angemessen, weil es sich um ein weitgehend neues Marktsegment handelt.
- Busse werden in die Mautpflicht auf Bundesfernstraßen einbezogen, um faire Wettbewerbsbedingungen im Vergleich zum Eisenbahnverkehr mit Preisen für die Trassennutzung herzustellen. Zudem soll der Busverkehr an den Verkehrsinfrastrukturkosten beteiligt werden.

WIRTSCHAFT

SPD-Fraktion fordert aktive Wirtschaftspolitik in Deutschland und Europa

Nach zwei Boomjahren rechnet die Bundesregierung nur noch mit einem leichten Konjunkturplus von 0,7 Prozent. Um die Wirtschaft gegen eine schwache Konjunktur zu wappnen, fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, die Binnennachfrage anzukurbeln und die Wettbewerbsfähigkeit der schwachen Euro-Länder zu stärken. SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil warf der Regierung vor, durch Realitätsverweigerung und Tatenlosigkeit zum Standortrisiko für Deutschland zu werden.

Deutschland sei besser durch die Krise gekommen als andere Volkswirtschaften in Europa, sagte Heil am Donnerstag in der Bundestagsdebatte zum Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung. Eine wesentliche Ursache dafür sei, dass Deutschland ein starkes industrielles Rückgrat habe: „Von der Grundstoffindustrie bis zu den High-Tech-Schmieden haben wir eine Wertschöpfungskette, die andere Länder so nicht haben.“ Das habe dazu geführt, „dass wir in den letzten Jahren als exportstarkes, wettbewerbsfähiges Land mit den besten Produkten, Verfahren und Gütern auf den Märkten der Welt erfolgreich waren.“

Allerdings: Diese Stärke der deutschen Wirtschaft könne sich dauerhaft auch zur verwundbaren Stelle entwickeln, warnte Heil. „Wir können als Exportnation nicht dauerhaft erfolgreich sein, wenn es dem Rest Europas schlecht geht, weil die Nachfrage wegbricht.“ Unsere Volkswirtschaft brauche andere Länder und Märkte, die in der Lage seien, deutsche Produkte, Verfahren und Dienstleistungen auch abnehmen zu können.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, sei eine Doppelstrategie nötig, so Heil – bestehend aus einer Stärkung der Binnennachfrage und der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit anderer europäischer Staaten.

Europäisches Wachstumsprogramm

Um die wirtschaftliche Dynamik schwacher Euro-Länder anzukurbeln, forderte Heil ein europäisches Wachstumsprogramm. Er nannte es eine „ökonomische Fehlentwicklung“, dass sich manche europäische Länder von realwirtschaftlichem Handeln und industrieller Produktion

verabschiedet hätten. Die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern brauche Strukturen – Infrastruktur, aber auch eine industrielle Struktur.

Ein Fiskalpakt reiche dafür nicht aus. Wer glaube, alleine mit kurzfristigen Hilfskrediten und Sparauflagen schwache EU-Staaten ökonomisch wieder auf die Beine zu bringen, habe nichts begriffen. „Was Sie betreiben ist Voodoo-Ökonomie: zu glauben mit Sparauflagen und Hilfskrediten diese Länder wieder flott zu machen. Das hat mit ökonomischem Sachverstand nichts zu tun.“

Scharfe Kritik übte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende auch an der FDP-Blockade beim Thema Finanztransaktionssteuer. Eine solche Steuer sei dringend nötig, bekräftigte Heil – als Bremse gegen volkswirtschaftliche schädliche Spekulationen, aber auch, um aus ihrem Aufkommen ein wirtschaftliches Aufbauprogramm in Europa zu finanzieren. „Sie sind zu einem Standortrisiko geworden durch Ihr Handeln in der Bundesregierung“, kritisierte Heil die Haltung der FDP in dieser Frage.

Stärkung der Binnennachfrage

Um die Binnennachfrage in Deutschland strukturell zu stärken, forderte Heil öffentliche und private Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur sowie eine angemessene Lohnentwicklung.

Auch der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Garrelt Duin, sagte, nötig sei ein Investitionsklima, um überfällige Investitionen in die Infrastruktur auszulösen. Zudem müssten der Fachkräftemangel bekämpft, der Mindestlohn eingeführt, Missbrauch der Leiharbeit verhindert und gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit, aber auch für Männer und Frauen, durchgesetzt werden. Zudem forderte Duin einen Masterplan zur Bewältigung der Energiewende und Maßnahmen zur Stärkung der technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands.

„Angesichts der realwirtschaftlichen Ursachen und Auswirkungen der Krise brauchen wir eine aktive und vorsorgende Wirtschaftspolitik, damit Deutschland und Europa auf einen höheren Wachstumspfad kommen“, schreiben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in einem Antrag (Drs. 17/8346) zur wirtschaftlichen Lage.

Wirtschaftlichen Stillstand kann sich Deutschland nicht leisten. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat sich in den vergangenen zwei Jahren vorwiegend mit sich selbst beschäftigt, sich auf einer guten Konjunktur ausgeruht und die Früchte der Vorgängerregierungen geerntet. Garrelt Duin warf der Regierung Kurzsichtigkeit vor: „Sie verstehen nichts von Vorsorge.“

VERANSTALTUNG

Klausurtagungen der SPD-Bundestagsfraktion

Drei Tage lang hat die Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag eine Klausur in Kiel und Berlin durchgeführt. Zum Abschluss der Beratungen sagte der Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier vor der Presse, dass das Jahr 2012 große Chancen für die SPD biete. „Nun kommt es darauf an, die positive Stimmung gegenüber der SPD zu halten und den Erwartungen der Wählerinnen und Wähler gerecht zu werden“, sagte Steinmeier.

In Bezug auf den Koalitionsbruch im Saarland stellte er fest, dass dieses Schicksal absehbar gewesen sei. „Das ähnelt der Flucht aus der Karibik“, schmunzelte Steinmeier und ergänzte, dass die Bürgerinnen und Bürger nun auf die SPD schauten. Seiner Fraktion sei es wichtig,

nicht nur Kritik an der Bundesregierung zu üben, sondern zu zeigen, dass sie bereit sei, Regierungsverantwortung zu übernehmen. „Darauf bereiten wir uns vor“, sagte Steinmeier.

Mit Blick auf das robuste Wirtschaftswachstum in Deutschland erklärte er, dieses Land befinde sich in einer Insellage, diese Stärke aber könne zum „Punkt der Verwundbarkeit“ werden. Ein Rückgang der Wirtschaftskraft sei wahrscheinlich, darauf müsse die Politik sich vorbereiten.

Ein Untersuchungsausschuss auf Bundesebene zum Rechtsextremismus ist für Steinmeier unumgänglich. „Das sind wir auch den Angehörigen der Opfer schuldig“, konstatierte der Fraktionsvorsitzende.

Auch seine Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer bekräftigte er. Es bedürfe „mehr Substanz bei den staatlichen Einnahmen“ – und dafür sei eine Steuer auf große Finanzgeschäfte das richtige Instrument.

„Zukunftsdialog online“ vorgestellt

Mit Blick auf die Affären rund um Bundespräsident Christian Wulff (CDU) erklärte Steinmeier, dass es für das Staatsoberhaupt noch ein weiter Weg sei, Respekt und Achtung zurückzuerobern.

Steinmeier stellte der Presse die neue Beteiligungsplattform der SPD-Fraktion vor, den „Zukunftsdialog online“. Dort können sich Nutzer aktiv an der inhaltlichen Gestaltung der SPD-Fraktionsvorhaben beteiligen. „Mit dieser Internetplattform bitten wir die Bürgerinnen und Bürger, an unseren Diskussionen teilzunehmen und Vorschläge zu machen.“ Die Ergebnisse würden in das Zukunftskonzept der Fraktion eingebaut.

In ihrem „Projekt Zukunft“ entwickelt die Fraktion gemeinsam mit Experten, Wissenschaftlern und Bürgerinnen und Bürgern Antworten auf drängende Zukunftsfragen. Das Ziel ist ein tragfähiges und realisierbares Konzept, das den Weg der Republik bis ans Ende des Jahrzehnts beschreibt. Und einer der Bausteine dazu ist der Zukunftsdialog online. Näheres dazu im Anschlussartikel.

ZUKUNFTSDIALOG ONLINE

SPD-Fraktion geht neue Wege der Bürgerbeteiligung

Die Bürgerinnen und Bürger wollen teilhaben an großen Projekten, an politischen Debatten und Beschlüssen. Viele Menschen erwarten angesichts der neuen Kommunikationsmöglichkeiten im Web 2.0, dass Politik transparenter wird und sich für neue Dialog- und Beteiligungsformate öffnet.

Im „Projekt Zukunft“ arbeitet die SPD-Fraktion an Lösungen für drängende Modernisierungsfragen unseres Landes. Die Fragen lauten: Wie wollen wir 2020 leben? Was muss dafür in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen getan werden? In ihrem „Projekt Zukunft“ entwickelt die Fraktion gemeinsam mit Experten, Wissenschaftlern und Bürgerinnen und Bürgern Antworten auf drängende Zukunftsfragen. Das Ziel ist ein tragfähiges und realisierbares Konzept, das den Weg der Republik bis ans Ende des Jahrzehnts beschreibt. Und einer der Bausteine dazu ist der Zukunftsdialog online.

Um möglichst vielen Menschen das Mitreden und Mitmachen zu ermöglichen, lädt die Fraktion alle Interessierten ein, sich über das Internet direkt an der Projektarbeit zu beteiligen. Damit ist

die SPD die modernste und innovativste Fraktion im Deutschen Bundestag. Von diesem Freitag an lässt sich mitreden und mitmachen bei diesen Projekten:

- Gleichstellung/Gleichberechtigung
- Wachstum/Wohlstand/Lebensqualität
- Aktive Ganztagschulen
- Ein Kreativpakt mit der Kreativwirtschaft
- Miteinander der Generationen/Generationengerechtigkeit
- Moderne Infrastruktur

Der gemeinnützige Verein Liquid Democracy hat eine Software namens Adhocracy entwickelt. Auf dieser Plattform lässt sich der Dialog führen: zukunftsdialog.spdfraktion.de

Beteiligen können sich auch Verbände, Interessengemeinschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen. Sie erhalten auf Anfrage einen offiziell verifizierten Nutzeraccount, der auf der Plattform entsprechend gekennzeichnet ist.

Demokratische Entscheidungen über Finalversion

Auf den einzelnen Themenseiten lassen sich zum Beispiel Vorschläge der Fraktion diskutieren und Verbesserungen einbringen. Diese Verbesserungsvorschläge können wiederum kommentiert werden. Jederzeit lassen sich dabei alle Versionen einsehen und wiederherstellen. Programme, Gesetzesentwürfe, Handlungsempfehlung, Texte etc. können kollaborativ erarbeitet werden: Ähnlich wie bei einem Wikipedia-Artikel können dabei beliebig viele Teilnehmende gemeinsam Texte bearbeiten und weiterentwickeln, wobei die Entscheidung über die aktuelle Finalversion in Adhocracy demokratisch erfolgt.

Es besteht auch die Einstellungsmöglichkeit, dass über Abstimmungen eine eindeutige Beschlusslage erzeugt wird, die keine sich widersprechenden Beschlüsse zulässt.

Nachfragen können an adhocracy@spdfraktion.de gestellt werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird die Ergebnisse aufbereiten und anschließend der Öffentlichkeit präsentieren. Sie werden Bestandteil des Zukunftskonzeptes. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier stellte die Plattform in Berlin vor und sagte: „Wir bitten alle Bürgerinnen und Bürger, an den Diskussionen teilzunehmen“. Die Ergebnisse würden in die Beratungen einfließen.

Die zuständige Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Petra Ernstberger, erklärte: „Mit dem 'Zukunftsdialog online' wollen wir neue Möglichkeiten erproben, politische Meinungsbildungsprozesse transparenter zu machen und eine neue Partizipationskultur im parlamentarischen Raum zu etablieren.“

Die SPD-Bundestagsfraktion möchte, dass das „Projekt Zukunft“ ein echtes Bürgerprogramm wird.

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>